



Neues Ministerium oder neue Politik?

Ein Digitalministerium muss Teil der sozial-ökologischen Transformationsagenda sein

Autor*innen:

Stephan Ramesohl

Kerstin Fritzsche

Kurz gesagt

Ein neues Digitalministerium allein bringt noch keinen Wandel – und schon gar keine Transformation zur Nachhaltigkeit. Das Wie und Wofür entscheiden. Dieses Papier startet von der Grundannahme, dass nach der Bundestagswahl ein Digitalressort aufgebaut wird und fragt: Auf welchen grundlegenden Prinzipien sollte es aufsetzen und welche Aufgaben erfüllen, um die Weichen für eine sozial-ökologische Digitalisierung zu stellen?

Inhaltsverzeichnis

1. Digitalisierung als Mammutaufgabe	1
2. Nachhaltigkeit ist der wahre Imperativ für die nächste Regierung	1
3. Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation verschränken.....	3
4. Grundsätze für ein Digitalministerium	4
5. Form follows function – die Aufgaben eines Digitalministeriums definieren seine Organisation	5
6. Klare Aufgabenteilung, gemeinsame Gestaltung	9
7. Fazit.....	12
8. Literatur.....	13
9. Über die Autor*innen	15

Danksagung der Autor*innen

Wir danken Dr. Holger Berg (Wuppertal Institut) und Felix Sühlmann-Faul (IZT) für den kollegialen und konstruktiven Austausch zur Frage eines Digitalministeriums und ihre kritischen Anmerkungen und Rückfragen zum Text. Sie haben uns sehr geholfen, unsere Argumente zuzuspitzen und das Papier zu strukturieren. Alle bestehenden Unklarheiten sind unsere Versäumnisse als Autorenteam.

1. Digitalisierung als Mammutaufgabe

Wie auch die Bundestageswahl im September 2021 ausgehen mag, eines scheint sicher: Die nächste Regierung wird das Thema Digitalisierung ganz oben auf die Prioritätenliste setzen müssen. Sei es die schlechte Vorbereitung des Bildungssystems auf digitalen Unterricht, die mangelhafte Digitalisierung in den Gesundheitsämtern oder stockende Videokonferenzen im Homeoffice: Die Corona-Pandemie hat die – zum großen Teil bereits bekannten – Fehlstellen und Versäumnisse in der Digitalisierung in Deutschland nicht nur offengelegt, sondern auch viele Menschen erstmals deutlich spüren lassen. Diese Erfahrung addiert sich zu einem seit Jahren abnehmenden Vertrauen in die digitale Gestaltungsmacht des Staates wie auch in die Innovationsstärke und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Hinzu kommt einerseits die zunehmende Rivalität der beiden Tech-Giganten China und USA und andererseits ein erstarktes Bewusstsein der Europäischen Union, die sich mit einem eigenen digitalpolitischen Kurs behaupten will. Kurz: Nach innen wie außen steht die deutsche Digitalpolitik in den kommenden Jahren vor immensen Herausforderungen, aber auch Chancen, die digitale Zukunft zu gestalten.

Wenig überraschend wird vor diesem Hintergrund seit Anfang dieses Jahres wieder verstärkt über die Etablierung eines Digitalministeriums nach der Bundestagswahl diskutiert (siehe Box 1). Das Spektrum der vertretenen Positionen ist dabei denkbar breit. Es reicht von der Ansicht, ein jedes Ministerium müsse Digitalpolitik betreiben (Rzepka 2020), über eine starke Digital-Taskforce bis hin zu einem mächtigen Digitalministerium. Allen Konzepten ist die Dringlichkeit einer kohärenten und konsistenten Digitalpolitik und der Ruf nach einem Wandel in bestehenden Strukturen und Verwaltungskulturen gemein. Doch auch wenn dies gelänge, so das Argument dieses Papiers, bliebe die eigentliche Aufgabe noch ungelöst.

2. Nachhaltigkeit ist der wahre Imperativ für die nächste Regierung

Die Mammutaufgabe für die nächste Regierung liegt ganz woanders. Sie besteht in der strategischen Vorbereitung, Organisation und Umsetzung der sozial-

ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Aspekt wird in der aktuellen Debatte um das Digitalministerium bislang vernachlässigt. Zwar widmete der Rat für digitale Ökologie (RDÖ) in einem Positionspapier zur Bundestageswahl dem Digitalministerium ein Kapitel (RDÖ 2021) die Rolle eines Digitalministeriums in der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation wird ansonsten in den bisherigen Beiträgen nicht thematisiert.

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimagesetz hat jedoch eindeutig beschieden: Die Last, den Klimawandel zu begrenzen, darf nicht auf die kommenden Generationen geschoben werden. Diesen würde damit eine radikale Reduktionslast aufgebürdet. Gleiches ließe sich auch für die anderen Brandherde der planetaren Gesundheit sagen, sei es der Verlust der Biodiversität, die Erschöpfung endlicher Ressourcen, die Verschmutzung der Meere oder die Versiegelung des Bodens. Die Frage nach einer Transformation bestehender Lebens- und Wirtschaftsweisen stellt sich damit dringender denn je. Die nächste Regierung steht vor der Herausforderung, in der nächsten Legislaturperiode in allen Handlungsfeldern die entscheidenden Weichen zur Erreichung der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele stellen zu müssen.

Box 1: Debatte um das Digitalministerium reloaded

In der Vergangenheit gab es bereits häufig den Ruf nach einem eigenen Digitalministerium. Dass die bestehenden digitalpolitischen Herausforderungen nur durch ein solches bewältigt werden können, ist jedoch umstritten. Die Parteien waren für den Bundestagswahlkampf im September noch nicht warmgelaufen, da nannte die Parteivorsitzende der SPD, Saskia Esken, das Digitalministerium eine „aus den 80er-Jahren gefallene Idee“ und plädierte für ein regelmäßig tagendes Digitalkabinett, damit „die digitalpolitischen Vorhaben der Ministerien und weiterer Gremien besser gesteuert und koordiniert werden“ (Neuerer 2020).

Auch von Seiten der Grünen sind eher skeptische Töne zum Thema Digitalministerium zu vernehmen. Die Sprecherin für Innovations- und Technologiepolitik der Grünen im Bundestag, Anna Christmann, sprach sich für eine Tech-Taskforce im Kanzleramt aus und mahnte eine neue Verwaltungs- und Kooperationskultur an, ohne die ein Digitalministerium „als Feigenblatt (...) mehr schaden als nützen“ könnte (Christmann 2021).

Die Bundestagsabgeordnete und Netzpolitikerin der Linken, Anke Domscheit-Berg, bekannte sich dazu, kein Fan eines Digitalministeriums zu sein, räumte jedoch ein, dass es „eine Art zentraler, koordinierender Steuerung“ bedarf mit Richtlinienkompetenz und Budgethoheit (Greis 2021).

Starker Zuspruch für ein eigenes Digitalressort kommt hingegen von CDU/CSU, FPD und weiten Teilen der Wirtschaft. Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wünscht sich ein Digitalministerium mit ressortübergreifendem Durchgriffsrecht und hat sich für eine „digitale Erklärung“ aller künftigen Bundesminister:innen ausgesprochen (DTS Nachrichtenagentur 2021). Auch Armin Laschet, CDU-Vorsitzender und Kanzlerkandidat sieht ein mögliches Digitalministerium als „zwangsläufig ein sehr mächtiges Ministerium“ an (DPA 2021). Ebenso sprach sich der FDP-Parteivorsitzende Christian Lindner – wie bereits bei der letzten Bundestagswahl – klar für ein Digitalministerium aus: „Wenn keiner zuständig ist oder wenn alle zuständig sind, passiert jeweils: nichts“ (Balzli 2021). Uwe Canter, Vorsitzende der EFI-Kommission und Innovationsberater der Bundesregierung, meinte in einem Interview mit dem Handelsblatt gar: „Ich glaube nicht mehr, dass es ohne geht“ (Gillmann 2021).

Aus der Forschung kommt ein kritischer, differenzierter Blick: Ohne eine beherrzte Reformagenda und einen tiefgreifenden Wandel hin zu einem lernenden Staat, bliebe ein neues Digitalministerium nur eine Scheinlösung, argumentiert Stefan Heumann, Vorstand der Stiftung Neue Verantwortung. Es brauche nicht nur eigene Expertise, um den digitalen Wandel zu bewältigen, eine Öffnung hin zu einer Kultur des Austauschs und der Kollaboration, sondern auch Governance-Strukturen, die Zuständigkeiten klar regeln und Ressourcen bündeln (Heumann 2021).

3. Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation verschränken

Digitale Technologien und Anwendungen sind integrale Elemente der konkreten Umsetzung von Transformationsstrategien in allen Handlungsfeldern einer sozial-ökologischen Transformation. Der Digitalisierung – als einem potenziellen

Brandbeschleuniger von Umweltzerstörung und sozialen Klüften, aber auch möglichen Hebel für Nachhaltigkeitstransformationen – kommt damit eine entscheidende Rolle zu.

Dieses Papier diskutiert vor diesem Hintergrund nicht, ob ein Digitalministerium der geeignete organisatorische Rahmen dafür wäre, diese Rolle zu gestalten und auszufüllen. Es argumentiert, dass ein neues Digitalministerium sich mit Auftrag, Aufbau und Handeln in ein Gesamtbild einer sozial-ökologisch ausgerichteten Regierungsarbeit einfügen müsste. Im Folgenden werden die grundlegenden Prinzipien und Aufgaben eines Digitalministeriums, damit dies gelingen kann.

4. Grundsätze für ein Digitalministerium

Die nachfolgenden Überlegungen beruhen auf zwei Annahmen: Erstens steht die kommende Legislaturperiode unter einem übergeordneten, **im Koalitionsvertrag verankerten Leitbild der sozial-ökologischen Transformation**. Zweitens wird im Zuge der Regierungsbildung ein Digitalressort geschaffen.

Digitalisierung ist dann allerdings nicht die alleinige Aufgabe des Digitalministeriums. Jedes Ressort muss die **Verantwortung für seine fach- und sektorspezifische Digitalisierungsagenda** übernehmen. Das ist Teil der Transformationsaufgabe und darf nicht an ein Digitalministerium ausgelagert werden, da dieses unmöglich die Fachkompetenzen der einzelnen Ministerien ersetzen oder gar in sich bündeln könnte. Gute digitale Lösungen brauchen immer ein vertieftes Problem- und Systemverständnis für den Bereich, in dem sie eingesetzt werden.

Die **Funktion eines eigenständigen Digitalministeriums** muss es sein, diejenigen genuinen Erfolgsvoraussetzungen für Digitalisierung zu schaffen, die 1) über die Kompetenzen und Kapazitäten von einzelnen Fachressorts hinausgehen, 2) ressortübergreifend wirken und die 3) im besonderen Maße von einer strategischen Koordination, Standardisierung und Bündelung profitieren. Diese Aspekte sind im Digitalministerium anzusiedeln, damit sie aus einer Hand bearbeitet und bereitgestellt werden.

Das **Selbstverständnis des neuen Digitalministeriums** muss entsprechend sein, eine Querschnittsfunktion zu erfüllen und als Ermöglicher (Enabler) die

wesentlichen strategischen, regulatorischen, administrativen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Potenziale der Digitalisierung im Rahmen der übergeordneten sozial-ökologischen Transformationsagenda gehoben werden können. Im Zusammenspiel mit den Fachressorts soll das Digitalministerium die Handlungsfähigkeit stärken und so den Transformationsbeitrag der Digitalisierung ausbauen.

Die **Förderung der Digitalisierung ist kein Selbstzweck**, sondern muss das Wohl heute und zukünftig lebender Menschen und den Schutz der Umwelt zum Ziel haben. Das Ministerium richtet damit sein Handeln am Wertekompass von Gemeinwohl und Nachhaltigkeit aus. Dieser Wertekompass muss im Koalitionsvertrag verankert sein. Ohne eine derartige normative Grundlage liefe ein neugeschaffenes Digitalministerium Gefahr, zum ‚Ministerium für digitale Infrastruktur, Verwaltung und Wirtschaft‘ zu werden – aber kein ‚Ministerium für die digitale Nachhaltigkeitsgesellschaft‘.

5. Form follows function – die Aufgaben eines Digitalministeriums definieren seine Organisation

Der Themenzuschnitt – und damit letztlich die Struktur – eines neuen Digitalministeriums muss sich konsequent daran orientieren, welche grundlegenden Aufgaben für eine sozial-ökologische Ausrichtung und Umsetzung der Digitalisierung bewältigt werden müssen. Eine reine Bündelung von Digitalthemen, die bislang in anderen Ressorts verortet sind, würde die Chance vergeben, bestehende Zielkonflikte und Dilemmata der digitalen Transformation aufzuzeigen und zu adressieren. Zudem bestünde die Gefahr, dass Digitalisierung abgearbeitet, aber nicht gesellschaftlich-politisch verarbeitet wird.

Wie kann das konkret aussehen? Wir sehen vier Aufgabenbereiche, die ein eigenständiges Profil eines Digitalministeriums als Querschnittsministerium in Abgrenzung von den Fachressorts definieren und den Mehrwert eines eigenständigen Ressorts begründen:

Aufgabe 1

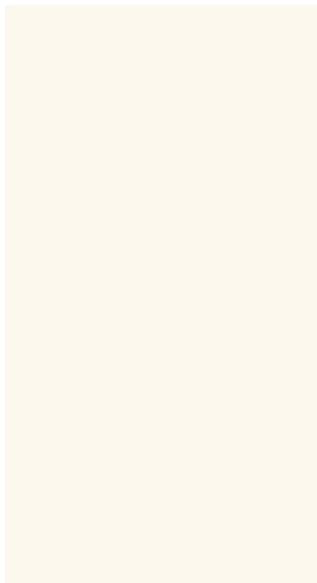
Orientierung zu nachhaltigen, digitalen Zukünften geben und gemeinsame Zielbilder entwickeln

- Herausarbeitung ethischer, rechtlicher, sozialer und ökologischer Grundsatzfragen, denen sich die Digitalpolitik widmen muss und eine stetige Aktualisierung und Nachverfolgung dieser Grundsatzfragen im Sinne einer agilen Politikgestaltung
- Erarbeitung von Zukunftsstudien, Trendanalysen sowie Technologievorausschau und -bewertungen zur künftigen Entwicklung der Digitalisierung im Spannungsfeld zu den Anforderungen (globaler) Nachhaltigkeit, u.a. auch als Beitrag zur strategischen Ausrichtung der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik des Bundes
- Moderation gesellschaftlicher Diskurse zum Beispiel zu digitalen Nachhaltigkeitsgesellschaften, neuen Randbedingungen für Demokratie und Zusammenleben im digitalen Wandel oder den langfristigen sozio-technischen Perspektiven der Digitalisierung
- Förderung, Austausch mit und Beteiligung der digital-nachhaltigen Zivilgesellschaft
- Koordination, Entwicklung und Controlling der zentralen Strategien der Bundesregierung zu übergeordneten, ressortübergreifenden Digitalisierungsthemen wie Plattformen, Datenstrategie, KI, Blockchain, Quanten Computing usw. und deren möglichen Beitrag zur sowie Gefährdung der sozial-ökologischen Transformation

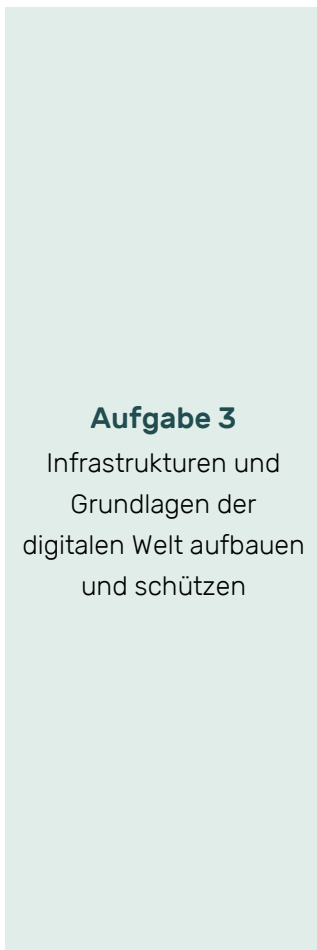
Aufgabe 2

Rahmen und Regeln der digitalen Welt setzen

- Formung eines ganzheitlichen Ansatzes für eine sozial-ökologische Digitalpolitik durch Bündelung und Koordination der digitalpolitischen Richtlinien und Regulierungen, u.a. zu Datenschutz, Data Governance, Plattformen, KI, digitalen Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge, etc. und deren Verschränkung mit Nachhaltigkeitskriterien
- Federführung für die generellen Standards zum Einsatz digitaler Technologien und Lösungen in Zusammenarbeit mit den Fachressorts



- Digitaler Verbraucherschutz und Stärkung der Rechte der Nutzer*innen gegenüber datenbasierten Geschäftsmodellen, Werbeindustrie usw.
- Bündelung der Regulierungsaufgaben für digitale Märkte in einer nachgelagerten, operativen Institution zur Umsetzung und Sicherstellung des ganzheitlichen Ansatzes
- Vertretung der Bundesregierung in internationalen digitalpolitischen Initiativen, Institutionen und Gremien zu übergeordneten Themen der Digitalisierung, insbesondere auf EU-Ebene, Entwicklung von Positionen in Zusammenarbeit mit den Fachressorts sowie den internationalen Partnern



- Koordination und Organisation des digitalen Infrastrukturausbaus mit Budget- und Umsetzungsverantwortung (Breitband, Mobilfunk, Cloudinfrastrukturen wie GAIA-X usw.) mit expliziter Berücksichtigung von ökologischen Kriterien des Klima- und Ressourcenschutzes sowie von Gemeinwohl, Teilhabe und den Interessen der Bürger*innen (z.B. leistungsfähiger Mobilfunk und WLAN im öffentlichen Raum, im ÖPNV usw.)
- Strategieentwicklung, Koordination und Ausbau von IT-Sicherheit und Cybersecurity
- Aufbau, Förderung, Vernetzung und Governance von nationalen und europäischen Datenräumen, ihren Rahmenbedingungen und Institutionen (z.B. Datentreuhänder) zum Beispiel zu Forschung, Umwelt, Gesundheit, Kreislaufwirtschaft u.a. in Zusammenarbeit mit den Fachressorts (dort fachspezifische, inhaltliche Ausgestaltung und Nutzung) sowie Partnerländern, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft
- Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Programmen zur Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung von IT-Lösungen an Nachhaltigkeit und zur Förderung von Green IT-Lösungen, Open Source und zur

Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Hand gegenüber Anbietern

Aufgabe 4
 Verwaltungs-
 modernisierung durch
 Digitalisierung
 beschleunigen

- Bündelung der Aufgaben, Verantwortungen und Umsetzungsorganisationen der Digitalisierungsinitiativen des Bundes mit Ziel der Komplexitätsreduktion und Beschleunigung
- Etablierung und Durchsetzung von gemeinsamen Standards und Schnittstellen bei der Verwaltungsdigitalisierung inklusive Softwareentwicklung und IT-Architektur Design
- Schaffung von Innovationsimpulsen und Experimentierräumen für einen modernen, zukunftsfähigen digitalen Start durch Vernetzung und Unterstützung der digitalen Innovationsteams in allen Fachressorts - Verschränkung mit Fachressorts (z.B. durch Vergabe von Innovationsmitteln für herausragende Pilotprojekte der Ressorts)
- Initiierung und Förderung digitaler Innovation Hubs und Plattformen für die Kollaboration und Vernetzung zwischen Verwaltung und GovTech Startups

- Pilotfunktion in der Bundesregierung für neue Arbeitsweisen und -kulturen (Projektorientierung, agile Verfahren usw.) sowie für die Öffnung gegenüber Externen, Kollaborationen, neue Partnerschaften usw.

Themen und Organisationseinheiten – d.h. Arbeitsgruppen, Taskforces bis hin zu Referaten – aus bisherigen Ressorts müssten dann mit Blick auf diese Aufgaben bewertet, ggf. verlagert und zusammen mit neu geschaffenen Einheiten entlang dieser Funktionen verknüpft werden. Leitlinie muss sein, dabei nur diejenigen Themen und Aktivitäten im Digitalministerium zu bündeln, die die genannten grundlegenden Aufgaben der Digitalisierung betreffen – die digitale Handlungsfähigkeit und Themenkompetenz der Ressorts in ihren jeweiligen fachspezifischen Bereichen muss erhalten bleiben und zum Teil neu ermöglicht werden. Damit ist klar: In Summe erhöht die Neuordnung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf Bundesebene die Kapazitäten, die Dynamik und die Wirkung der digitalbezogenen Regierungsarbeit.

6. Klare Aufgabenteilung, gemeinsame Gestaltung

Deutlich wird aber auch, dass ein neues Digitalministerium nicht alle Probleme der Digitalisierung lösen kann – und auch nicht sollte. Um die sozial-ökologische digitale Transformation voranzubringen, braucht es eine klare Aufgabenteilung zwischen dem Digital- und den anderen fachspezifischen Ressorts. Es braucht jedoch auch eine enge Zusammenarbeit in Querschnittsfragen, um Zielkonflikte

in digitalpolitischen Fragen zwischen den Ministerien zu erkennen und zu adressieren. Dieses Ineinandergreifen lässt sich an ein paar Beispielen illustrieren:

- Die prekären Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Online-Lieferdienste oder vieler Click-Worker in der Digitalindustrie sind zweifelsfrei ein Problem – vergleichbar mit den Zuständen in der Fleischindustrie sind sie jedoch eine Aufgabe für das Arbeitsministerium. Das Digitalministerium verantwortet auf der anderen Seite jedoch bspw. die Ausgestaltung der wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen der Plattformökonomie.
- Die Kritik an der sehr niedrigen Steuerquote von vielen, gerade international tätigen Digitalunternehmen wächst. Hier ist ein Finanzministerium gefordert, wirksame Maßnahmen gegen Steuervermeidung und Steuerflucht in allen Bereichen zu ergreifen. Das Digitalministerium übernimmt dabei jedoch die Bearbeitung der grundlegenden Fragen, bspw. woran sich die Besteuerung von Plattformen orientieren sollte.
- Ein Digitalministerium kann zudem kein Super-Innovationsministerium werden. Gerade weil digitale Technologien mittlerweile unverzichtbar für Wissenschaft, Grundlagenforschung, industrielle Entwicklung und Geschäftsmodellinnovationen sind, kann Forschungs- und Innovationsförderung nicht an einer Stelle konzentriert werden. Im Sinne einer *missions-orientierten* Innovationspolitik sollte Innovationsförderung stärker an den großen gesellschaftlichen Transformationsaufgaben ausgerichtet werden, wie es u.a. auch die neueste Fassung der Hightech-Strategie der Bundesregierung (BMBF 2018) formuliert. Das Digitalministerium sollte jedoch im Sinne der Nachhaltigkeit einzuhaltende Standards für verantwortungsvolle digitale Innovationen setzen, bspw. im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI).

Gleiches gilt für die Förderung von Start-ups, die zweifelslos wichtige Innovationstreiber in der digitalen Welt sind. Für diese Zielgruppe ist unter anderem eine nahtlose Förderung über den gesamten Lebenszyklus von der Gründung bis zur Marktskalierung wichtig. In Deutschland bestehen hier seit Langem Defizite bei der Risiko- und Wachstumsfinanzierung z.B. durch eine ausgeprägte Venture Capital Szene wie in den USA oder Israel. Dieses Problem

muss adressiert werden – allerdings ist auch dies keine originäre digitalpolitische Aufgabe.

Die Fachressorts sind somit weiterhin gefordert, den Transformations- und Innovationsbedarf in ihrem Bereich zu artikulieren. Sie stehen in der Verantwortung, die digitalen Lösungen dafür zu mobilisieren und Handlungs-, Regelungs- sowie Koordinationsbedarfe an das Digitalministerium heranzutragen, um sie gemeinsam mit ihm zu adressieren (siehe Abb. 1).

Eine lösungsorientierte und effektive Zusammenarbeit zwischen den Fachressorts und dem Digitalministerium braucht darüber hinaus eine offene und agile Kultur der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Lernens. Digitalisierung ist vielschichtig und für ihre Ausrichtung auf Nachhaltigkeit gibt es keine Patenrezepte. Nur im aktiven, auch kontroversen Austausch lassen sich die systemischen Zusammenhänge zwischen Technik, Umwelt und Mensch verstehen, bewerten und Lösungsansätze entwickeln. Dabei muss auch die Expertise aus Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, Verwaltungen auf Länder- und Kommunalebene und anderen gesellschaftlichen Bereichen gezielt einbezogen werden. Die Verwaltungspraxis und Strukturen staatlichen Handelns müssen sich an vielen Stellen ändern, denn „[s]tatt einer innovativen Kultur der Umsetzung trifft man auf eine Genehmigungskultur der Vorbehalte“ (NExT 2021), wie es das Netzwerk von Verwaltungsexperten NExT formuliert.

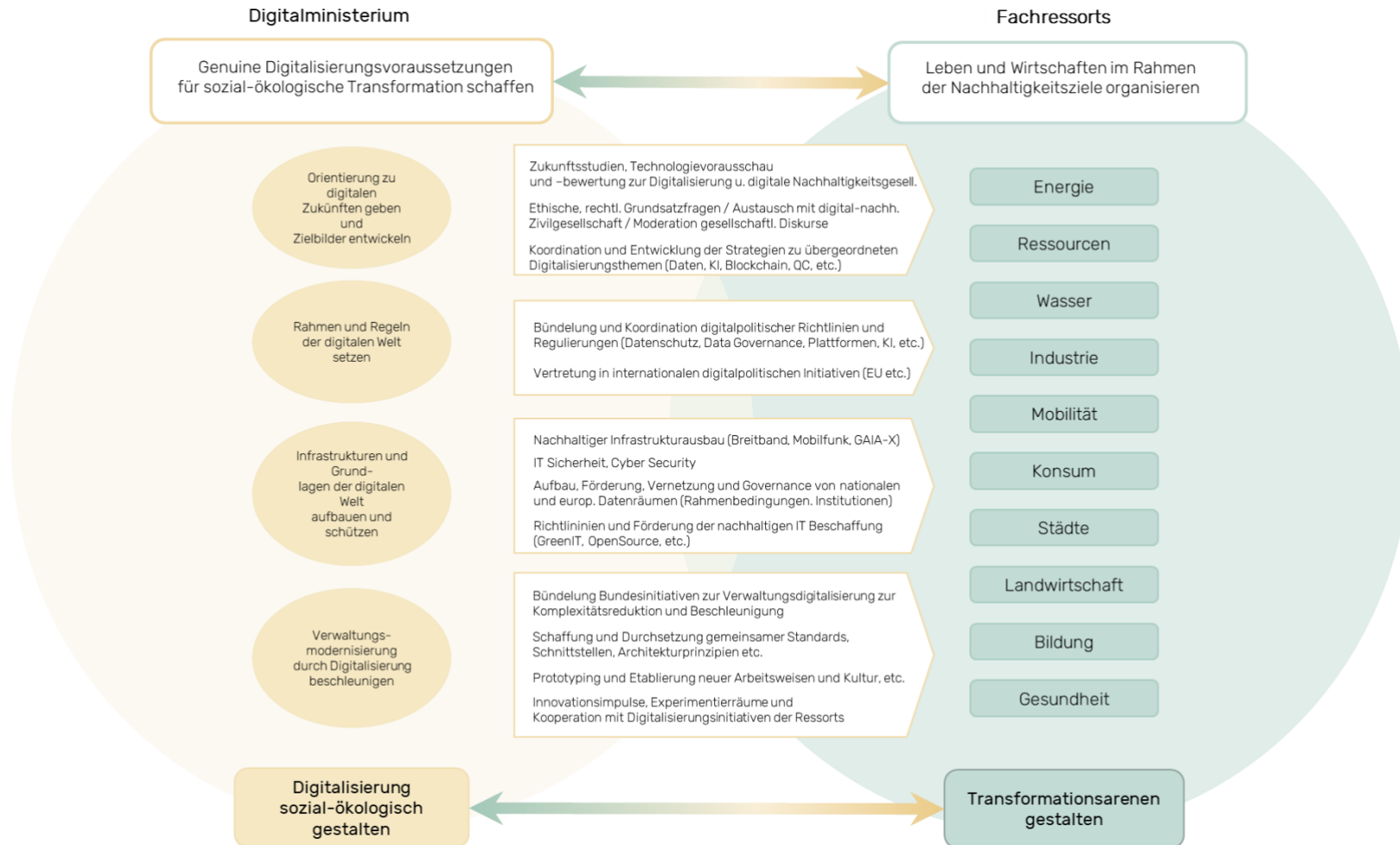


Abbildung 1: Übersicht des Auftrags und der Aufgaben eines Digitalministeriums im Kontext der Transformationsaufgaben der Fachressorts

7. Fazit

Dieses Papier ist mit der Annahme gestartet, dass nach der Bundestagswahl ein neues Digitalressort aufgebaut wird. Im Lichte der immensen Herausforderungen durch den Klimawandel, aber auch anderer ökologischer wie gesellschaftlicher Problemlagen argumentieren wir, dass es eine **Bundesregierung mit einer ambitionierten sozial-ökologischen Transformationsagenda** braucht. In diesem Kreis kann ein Digitalministerium die zentralen Querschnittsaufgaben übernehmen, die erfüllt werden müssen, um die Digitalisierung voranzubringen und an Nachhaltigkeit und Gemeinwohl auszurichten. Die in diesem Papier skizzierte Form eines Digitalministeriums bietet die Chance für

- eine neue Qualität an digitalpolitischen Zielsetzungen und strategischen Leitlinien mit explizitem Fokus auf die anstehenden Transformationsaufgaben
- eine neue Qualität und Konsistenz der regulatorischen Rahmenbedingungen durch einen ganzheitlichen, an Nachhaltigkeit orientierten Regulierungsansatz
- eine neue Qualität der Ausrichtung des Infrastrukturausbaus an sozialen und ökologischen Kriterien
- und unter Voraussetzung entsprechender flankierender Reformen z.B. zur Komplexitätsreduktion und Aufgabenverteilung im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen auch eine neue Qualität der digitalen Verwaltungsmodernisierung.

Mit einer sozial-ökologischen Digitalisierung aus einem Guss – aber nicht mit einem weiteren isolierten Fachressort als Silo – kann viel für eine nachhaltige digitale Gesellschaft in Deutschland erreicht werden.

8. Literatur

- Balzli, Beat (2021): FDP-Chef Lindner: Interview über Corona, Impfpflicht und die Bundesregierung. In: *Wirtschaftswoche*, 19.03.2021. Online verfügbar unter <https://www.wiwo.de/podcast/chefgespraech/podcast-chefgespraech-christian-lindner-boris-palmer-setzt-schon-laengere-zeit-das-um-was-wir-anregen/27021864.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.
- BMBF (2018): Forschung und Innovation für die Menschen. Die Hightech-Strategie 2025 . Hg. v. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Berlin. Online verfügbar unter https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Forschung_und_Innovation_fuer_die_Menschen.pdf, zuletzt geprüft am 29.06.2021.
- Christmann, Anna (2021): Für neue Innovationen: Tech-Taskforce für Bundestag und Kanzleramt. In: *Wirtschaftswoche*, 09.02.2021. Online verfügbar unter <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/digitalisierung-statt-digitalministerium-eine-tech-taskforce-fuers-kanzleramt/26893550.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.
- DPA (2021): CDU-Chef Laschet fordert Bundestagsmandat für Kanzlerkandidat. In: *Handelsblatt*, 07.03.2021. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahlen-2021-cdu-chef-laschet-fordert-bundestagsmandat-fuer-kanzlerkandidat/26982336.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.
- DTS Nachrichtenagentur (2021): Brinkhaus für Digitalministerium mit Durchgriffsrecht. In: *Presse Augsburg*, 16.05.2021. Online verfügbar unter <https://presse-augsburg.de/brinkhaus-fuer-digitalministerium-mit-durchgriffsrecht/724792/>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.
- Gillmann, Barbara (2021): Innovationsberater der Bundesregierung fordert Digitalministerium. In: *Handelsblatt*, 04.05.2021. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/efi-chef-uwe-cantner-innovationsberater-der-bundesregierung-fordert-digitalministerium/27150974.html?ticket=ST-3637766-Tm07WydoppJ05tqwfWz-ap1>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.
- Greis, Friedhelm (2021): Bundestagswahl 2021: Das Digitalministerium rückt näher. In: *Golem.de*, 05.05.2021. Online verfügbar unter <https://www.golem.de/news/bundestagswahl-2021-das-digitalministerium-rueckt-naeher-2105-156264.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Heumann, Stefan (2021): Scheinlösung Digitalministerium. Welche tiefgreifende Reformen von Regierung und Verwaltung für eine erfolgreiche Digitalpolitik nötig sind. Hg. v. Stiftung Neue Verantwortung. Berlin. Online verfügbar unter https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/210317_scheinlosung_digitalministerium.pdf, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Neuerer, Dietmar (2020): SPD-Vorsitzende Saskia Esken ist gegen ein Digitalministerium. In: *Handelsblatt*, 03.02.2020. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/digitalisierung-spd-vorsitzende-esken-ist-gegen-ein-digitalministerium/25500150.html?ticket=ST-3070849-5biJLvfUxbVaShftxR0a-ap6>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

NExT (2021): Das Digitalministerium. Ein Diskussionsbeitrag zur nächsten Legislaturperiode. Unsere Vertiefung zum Thema Politik und Strategie. Online verfügbar unter <https://next-netz.de/aktuelles/politik-und-strategie-digitalministerium>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

RDÖ (2021): Deutschland braucht eine nachhaltige Digitalpolitik. Positionspapier zur Bundestagswahl. Hg. v. Rat für digitale Ökologie. Online verfügbar unter <https://ratfuerdigitaleoekologie.org/images/downloads/RD%C3%96-Positionspapier-zur-Bundestagswahl.pdf>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

Rzepka, Dominik (2020): Die ewige Diskussion ums Digitalministerium. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/erneute-diskussion-ums-digitalministerium-100.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2021.

9. Über die Autor*innen

Kerstin Fritzsche

IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

Kerstin Fritzsche leitet den Forschungsbereich „Digitalisierung“ am IZT. Sie forscht zu Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für die sozial-ökologische Transformation und beschäftigt sich mit Fragen der Gestaltung und globalen Governance einer nachhaltigen Digitalisierung.

Stephan Ramesohl

Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie

Dr.-Ing. Stephan Ramesohl ist Co-Leiter des Forschungsbereichs „Digitale Transformation“ am Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Perspektiven einer nachhaltigen Digitalisierung und der digital-ökologischen Industrietransformation.

Über CO:DINA

Das Verbundvorhaben CO:DINA – Transformationsroadmap Digitalisierung und Nachhaltigkeit vernetzt Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um neue strategische Stoßrichtungen für eine sozial-ökologische Digitalisierung zu identifizieren. Vielfalt in Denkweisen, Perspektiven und Erfahrungen ist die Voraussetzung, um die Komplexität der Digitalisierung besser zu verstehen und grundlegenden Fragen insbesondere zur Künstlichen Intelligenz mit tragfähigen Lösungsansätzen zu begegnen. Dabei entstehen Netzwerke zwischen Akteursgruppen, die bislang unzureichend verbunden waren. So wird die politische und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit für einen sozial-ökologisch-digitalen Wandel gestärkt.

Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) im Rahmen der KI-Leuchtturminitiative gefördert und gemeinsam vom IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie umgesetzt.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

z | u | g ZUKUNFT
UMWELT
GESELLSCHAFT

Impressum



IZT – Institut für Zukunftsstudien und
Technologiebewertung gemeinnützige GmbH
Schopenhauerstr. 26, 14129 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 803088-0
Fax: +49 (0) 30 803088-88
E-Mail: info@izt.de
Internet: www.izt.de



Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Döppersberg 19, 42103 Wuppertal
Tel.: +49 (0) 202-2492-101
Fax: +49 (0) 202-2492-108
E-Mail: info@wupperinst.org
Internet: www.wupperinst.org



Weitere Veröffentlichungen unter
www.codina-transformation.de